

idea is coming from the simple existence and memories of millions of Indians who are not convinced that they can live the existence and memories of millions of Europeans and their descendants in the Andes, whether these come from the Left or from the Right” (p. 255).

George Yüdice looks at technology as the ultimate transnational flow, the way the public sphere moves into the area where the private sphere used to predominate and takes it to the international level. Intellectuals have a major role to play in this world. As Yüdice argues, “Transcultural intellectual work does much of the translation necessary to render the communicative power of public spheres into law or administrative power” (p. 309). Examples from El Salvador and Brazil illustrate the complexities involved.

Although the volume covers a broad spectrum of ideas and both poses and answers many questions, it also points the way for future research; each contributor offers extensive bibliographies that might serve as a starting point. As editor Mabel Moraña writes, “Without a doubt, due to the changing nature of our cultures and the deep changes we are witnessing both at social and political levels in Latin America, all the answers that we seem to find to our questions today are necessarily provisional and subject to reconsideration. This book is intended as a modest but passionate contribution to this process of recognition and understanding (p. 23).”

**Jürgen Kocka / Günter Stick (Hrsg.),
Stiften, Schenken, Prägen. Zivilge-
sellschaftliche Wissenschaftsförde-
rung im Wandel, Frankfurt am Main:
Campus Verlag, 2011, 206 S.**

Rezensiert von
Thomas Adam, Arlington

Der hier zu besprechende Band bietet Einblicke in die gegenwärtigen und wohl auch zukünftigen Diskussionen um die Rolle von Stiftungen in der Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an deutschen Universitäten. Die in dem Band versammelten Autoren nähern sich diesem Thema von fachlich verschiedenen Ausgangspunkten sowie unterschiedlichen Interpretationen und Grundüberzeugungen an. So ist Gesine Schwan davon überzeugt, dass nur eine staatliche Wissenschaftsförderung nicht willkürlich sein kann, während private Wissenschaftsförderung nicht demokratisch kontrolliert sei und daher Stiftungen willkürlich handeln könnten. Dem hält Jürgen Kocka in seinem Schlusswort entgegen, dass auch staatliche Wissenschaftsförderung intransparent und „meist nur in sehr vermittelter Form demokratisch legitimiert“ sei. Insgesamt widerspiegeln diese gegensätzlichen Ansichten die Grundlinien der Diskussionen unter Akademikern und Politikern und das oftmals generelle Unwohlsein gegenüber privater Anteilnahme an der Finanzierung öffentlicher Projekte in Deutschland. Hier wird allerdings auch ein begriffliches Grundproblem deutlich: Handelt es sich bei Stiftern um Akteure

der Zivilgesellschaft, und wie verstehen wir Zivilgesellschaft? Verschiedene Autoren des Bandes stimmen darin überein, dass Stiftungen nicht demokratisch verfasst sind und dass ihre Aktivitäten demokratischer Kontrolle entzogen seien. Stifter wollen, wie Frank Adloff auch klarstellt, mit ihrer Stiftung etwas bewegen und Gesellschaft verändern. Diese Veränderungen werden durch den Stifter bestimmt und können durchaus zum Konflikt mit dem Staat führen. Stiften erfolgt also immer in Konkurrenz zu staatlichem und individuellem Handeln.

Auch wenn vor allem die Autoren, die mit einem Gegenwartsbezug geschrieben haben, sich darüber einig sind, dass die staatlichen Zuschüsse zur Wissenschaftsförderung in den kommenden Jahren weiter zurückgehen werden, ergibt sich daraus die spannende Frage, wie diese Verschiebungen der Finanzierung von Universitäten ausgeglichen werden könnten. In Systemen der „mixed economy“ erhalten Universitäten Finanzmittel aus drei verschiedenen Einkommensquellen: (1) Staat; (2) Studenten (Studiengebühren); (3) Stifter (Endowments). Mit der verfehlten Einführung von Studiengebühren in verschiedenen deutschen Bundesländern haben sich die Politik und die staatlichen Universitäten einer wichtigen Einnahmequelle, über die der Wegfall staatlicher Zuschüsse hätte kompensiert werden können, beraubt. Eines der Desiderate dieses Bandes ist die Ausblendung der lebhaften Diskussionen um die Einführung von Studiengebühren an deutschen Universitäten im 21. Jahrhundert.

Die Beiträge von Volker Meyer-Guckel und Kai Brauer zu den Stiftungsprofessuren an deutschen Universitäten enthalten

für den Historiker manche überraschende Erkenntnis. Beide Autoren prüfen die Verteilung der Stiftungsprofessuren in Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren wie z. B. der Wirtschaftskraft der jeweiligen Region, in der sich die Universität befindet, oder der durchschnittlichen Einkommenshöhe der Wohnbevölkerung in diesen Regionen. Brauer kommt zu dem Schluss, dass die private Wissenschaftsförderung nicht lokal gebunden sei, sondern „dass die Förderung von Stiftungsprofessuren in den weniger wirtschaftsstarken Bundesländern durch Unternehmen und Stiftungen generiert werden, die nicht in den Grenzen von ‚Heimat-Bundesländern‘ agieren, sondern weit darüber hinaus“ (S. 170). Dieser Befund steht in fundamentalem Gegensatz zur Wissenschaftsförderung in historischer Perspektive. Die von verschiedenen Autoren beschworene „goldene Zeit“ des Stiftens im Deutschen Kaiserreich war vor allem durch eine lokal verortete und auf kleine bürgerliche und urbane Gemeinschaften beschränkte Stiftenkultur charakterisiert. Selbst Projekte wie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die ihrem Anspruch nach durch eine nationale Stiftergemeinschaft getragen werden sollten, waren, wenn man sich die Mitgliedschaft genauer ansieht, eher lokale Projekte, die selbst innerhalb Preußens nur auf beschränkte Unterstützung außerhalb von Berlin und der Rhein-Provinz hoffen konnten.

Die von Meyer-Guckel und Brauer vorgelegten Befunde stehen in diesem Band jedoch weitgehend isoliert da, weil auf eine historische Einbettung des Phänomens der Stiftungsprofessur leider verzichtet wurde. Die Aussage, dass es heute Stiftungsprofessuren im eigentlichen Sinne – also eine

Professur, die dauernd aus Stiftungsmitteln finanziert wird – kaum gibt, verweist auf Brüche in der Stiftungskultur in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die von Historikern noch aufzuarbeiten sind. Auch der Verzicht auf den Vergleich zur amerikanischen Situation, der in verschiedenen Beiträgen durchscheint, aber nicht systematisch vorangetrieben wird, führt an einigen Stellen zu stereotypen, aber wenig fundierten Aussagen. Auch wenn, wie Stephan Jansen in seinem Beitrag herausstellt, die Endowments der amerikanischen Universitäten sich vor allem in den letzten 25 Jahren gewaltig vermehrt hätten, verlangt dies nach einer Kontextualisierung und vor allem nach einer kritischen Betrachtungsweise auf die mehr als fragwürdigen Investitionspraktiken der Endowment Managers, die auch für die enormen finanziellen Verluste dieser Endowments in den letzten fünf Jahren verantwortlich sind. Bereits am Ende des Zweiten Weltkrieges verfügten die reichsten 29 Universitäten der USA über ein Gesamt-Endowment-Kapital von mehr als 1,5 Milliarden Dollar. Dies entsprach etwa 60 Prozent aller von Universitäten akkumulierten Stiftungskapitalien. Damit hatten schon in der Mitte des 20. Jahrhunderts amerikanische Universitäten gewaltige Finanzreserven angehäuft, deren Anlage in privaten und staatlichen Wertpapieren den Bereich der höheren Bildung zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor werden ließ. Als Anfang der 1970er Jahre dann die Regulierung der Investitionspraktiken der Endowments aufgegeben wurde, begann eine fatale Investitionspraxis, vor allem ab den 1990er Jahren, in denen erhebliche Finanzmittel der reichsten Universitäten in äußerst riskante Aktien zu überhöhten Renditen angelegt wurden, was in der Fi-

nanzkrise zu einer erheblichen Entwertung dieser Endowments führte. Die Harvard Universität, um nur einen Fall zu nennen, verlor mehr als acht Milliarden Dollar ihres Endowments. Insofern wäre es zu wünschen, wenn sich Forscher nicht nur für die Einwerbung von Stiftungsgeldern durch die Universitäten interessieren würden, sondern auch für die Verwaltung und die Anlagepraktiken der Stiftungskapitalien, die nicht nur das finanzielle Wohlergehen der Universität garantieren sollen, sondern auch eine andauernde positive Beziehung zwischen Stiftern und Universität.

Stiften ist, wie Frank Adloff herausstellt, das Resultat selbstbestimmten Handelns einer Person, die unter Einsatz ihrer finanziellen Möglichkeiten ein Stück Gesellschaft formen und gestalten möchte. Es ist aber auch, wie Francie Ostrower in ihrer Studie „Why the Wealthy Give?“ (1995) gezeigt hat, eine Tradition, die erlernt und erworben werden muss. Stiften galt und gilt in bürgerlichen Familien als eine Verantwortung, die von Generation zu Generation weitergegeben werden kann. Steuererleichterungen und rechtliche Rahmenbedingungen werden die Entscheidung einer Person, zu stiften, leichter machen, aber wohl kaum erzeugen. Insofern mag es wichtig sein, dass der Staat ein stiftungsfreundliches Klima gestaltet. Inwiefern Personen sich dann zur Gründung von Stiftungen animieren lassen, ist wohl kaum durch staatliches oder gesellschaftliches Handeln beeinflussbar.